

Frankfurter Rundschau, 22. Oktober 1994

## **Tourismus - ein Opfer der Gewalt?**

von Ulla Schickling

"Die billigste und zugleich wirkungsvollste Art, der Tourismusindustrie den Garaus zu machen, sagt die Frau vom Fach, die es wissen muss, sei die Ankündigung von Terroranschlägen gegen Urlauber. Wenn man dafür Sorge, dass die Medien über ein solches Vorhaben möglichst weltweit berichteten, brauche es noch nicht einmal die Tat. Ohne die Medien aber hätten solche Gewaltakte allenfalls lokale Bedeutung. Also doch: die Meinungsmacher als Schuldige am katastrophalen Rückgang der Touristenzahlen, wie sie seit einiger Zeit etwa die Türkei und Ägypten hinnehmen müssen?"

Einspruch! Die Medienvertreter wehren sich, berufen sich auf ihre Informationspflicht und verweisen im übrigen darauf, dass die Reiseindustrie jahrelang ihre "Rundum-sorglos-Pakete" verkauft und die Realität in politisch instabilen Urlaubsländern möglichst ausgeblendet habe. Die Zukunft der Tourismusindustrie aber werde davon bestimmt sein, ob sie die durch Urlaubs-Glücksversprechungen geschaffene, fragwürdige Illusionswelt aufzulösen vermöge und bereit sei, die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit zu führen.

Formen und Auswirkungen von Terrorismus und Menschenrechtsverletzungen in Urlaubsländern hatte sich der im vergangenen Jahr sozusagen als Nachfolgeorganisation des in Konkurs gegangenen Starnberger Studienkreises neu gegründete "Studienkreis für Tourismus und Entwicklung" in seinem ersten "Ammerlander Gespräch" zum Thema gemacht. Diese Gespräche sollen in Zukunft jährlich für Entscheidungsträger und Meinungsmacher aus dem Tourismus veranstaltet werden und sich mit brisanten, aktuellen Themen in diesem Bereich befassen.

Tourismus - tatsächlich ein Opfer der Gewalt? Nicht unbedingt. Urlauber, das hat die Vergangenheit gezeigt, reagieren nämlich nicht grundsätzlich so sensibel auf Menschenrechtsverletzungen, sondern offensichtlich nur, wenn sie selbst und gezielt betroffen sind, was sich am Beispiel Türkei gut belegen lässt. Während dort auch in touristischen Boom-Zeiten der Krieg gegen die Kurden tobte, Regimekritiker gefoltert wurden, versiegte der Touristenstrom erst, als Bomben Urlauber verletzten.

Ein solches Verhalten dokumentiert auch die Untersuchung, die beim Studienkreis für Tourismus und Entwicklung in Arbeit ist und deren Ergebnis nächstes Jahr vorgelegt werden soll. Menschenrechtsverletzungen, heißt es da, dürften vor allem dann einen Einfluss auf die Reiseentscheidungen haben, "wenn sie sich unmittelbar auf persönliche Sicherheit und das Wohlbefinden der Urlauber auswirken können." Das hat die Reiseveranstalter im Umgang mit Terrorismus in Urlaubsländern auf eine neue Idee gebracht, mit der sie jetzt ihre Klientel zu beruhigen versuchen. Nicht Menschenrechtsverletzungen allgemein werden in den Vordergrund geschoben, sondern die Sicherheit der Touristen - und sonst gar nichts.

Als Argumente gelten Vergleiche, wie sie der Deutsche Reisebüroverband in seinem Verbandsblatt vor kurzem brachte: dass nämlich im eigenen Land mehr Menschen überfallen und ermordet würden als weltweit Touristen bei Terroranschlägen.

Auf diese Weise aber, darauf wies Professor Hans Ruh vom Institut für Sozialethik in Zürich hin, werde wiederum das Eigentliche verschwiegen, dass Gewalt nämlich als Ursache meist ein Bündel von Defiziten im ökonomischen, sozialen und rechtlichen Bereich der Gesellschaft habe, an denen die Tourismusindustrie nicht unbeteiligt sei.

Auch ein Reiseanbieter müsse deshalb prüfen, inwiefern seine Projekte zur indirekten und direkten Verstärkung von Gewaltursachen beitragen können und entsprechende Konsequenzen ziehen. Denn "was wir heute an Gewalt im Tourismus erleben, ist erst die Vorspeise. Die technologischen Mittel werden sich verfeinern und die Rücksicht auf Unschuldige wird abnehmen."

So müsse auch die Tourismusindustrie ein Interesse haben an der Prävention von Gewalt. Trotzdem bestanden die anwesenden Touristiker, Reiseveranstalter und Vertreter von Luftverkehrsgesellschaften darauf, dass sie nicht aktiv, sondern nur passiv reagieren könnten, dann

nämlich, wenn ihre Kunden beschlössen, ein Land zu boykottieren. Aufklärung über Menschenrechtsverletzungen tut Not, darauf konnten sich die an den Ammerlander Gesprächen beteiligten Reiseveranstalter, Wissenschaftler, Vertreter der Medien und von amnesty international einigen. Über das Wie wird auch weiterhin zu reden sein.

Da bleiben eigentlich nur zwei Möglichkeiten: die Urlauber mit der Wahrheit konfrontieren und sie selbst entscheiden zu lassen oder die Ghettoisierung, das streng bewachte Ferienzentrum, in dem Touristen abgeraten wird, diesen sicheren Hort zu verlassen. Die Reiseveranstalter kennen aber noch eine andere Lösung: die Gewöhnung. Ihr sei es zu verdanken, dass in Sri Lanka, immer noch gebeutelt vom Bürgerkrieg, die Touristenzahlen wieder stiegen und in der Türkei die leeren Betten mit terrorgewöhnten Israelis belegt würden.